

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Einzelpreis vierteljährlich 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherr.  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8900.

Anzeigengebühr für die sechsgepaarte Kolonelle:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Unser Verband in der 41. Kriegswoche.

Für diese Woche, die sich auf die Zeit vom 9. bis zum 15. Mai erstreckt, haben 419 Verwaltungstellen Berichte über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit eingekandt, während folgende 21 Verwaltungsorte sich der Pflicht zu berichten, trotz Mahnung wieder entzogen haben: Greifswald, Tilsit, Glogau, Verfa, Friedrichroda, Gardelegen, Gotha, Göttingen, Koburg, Langermünde, Schleswig, Minden, Münster, Gießen, Koblenz, Neuwied, Ebingen, Lörrach, Singen, Herbrud und Lindau.

Nach den eingegangenen Berichten betrug die Mitgliederzahl zu Anfang der Berichtswoche, einschließlich der im Laufe dieser Zeit Hingekommenen, 291.008. Der Mitgliederabgang betrug in derselben Zeit 4050. Davon sind wieder 2566 zum Heeresdienst einberufen worden. Diese Zahl ist im Vergleich zur Vorwoche um 507 geringer.

Von den am Schlusse der Berichtszeit verbleibenden 286.958 Mitgliedern sind 4234 = 1,5 Prozent als arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosigkeit hat sich in der Gesamtheit verhältnismäßig wieder etwas vermindert, ist aber prozentual auf demselben Stande wie in der Vorwoche geblieben.

An Unterführungen kamen in der Berichtswoche 10857 M zur Auszahlung, während in der Vergleichswoche für den gleichen Zweck 12991 M verausgabt wurden.

Übersicht über die Zeit vom 9. bis zum 15. Mai 1915.

Bezirk	Verwaltungstellen	Mitgliederzahl zu Anfang der Woche	Mitgliederabgang	Davon zum Militär	Mitgliederzahl am Schlusse der Woche	Davon arbeitslos	In Prozent	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung
1. Bezirk	34	7096	145	105	6951	38	0,5	255
2. "	23	6411	72	39	6339	46	0,7	334
3. "	33	9100	140	87	8960	66	0,7	318
4. "	54	45421	736	490	44685	508	1,1	1870
5. "	76	34998	554	333	34444	186	0,5	815
6. "	48	39884	587	343	39297	165	0,4	990
7. "	37	28883	465	259	28418	95	0,3	547
8. "	25	13244	259	182	12985	58	0,4	290
9. "	50	22291	242	137	22049	1708	7,7	1156
10. "	43	35090	380	121	24710	575	2,3	2082
11. "	1	58590	470	470	58120	794	1,4	2220

Zusammenfassung: 419 Verwaltungstellen, 291.008 Mitglieder zu Anfang, 4050 Abgang, 2566 zum Militär, 286.958 Mitglieder am Schlusse, 4234 arbeitslos, 1,5 Prozent, 10857 M Ausgaben.

Ein Vergleich der vorliegenden Tabelle mit der der Vorwoche weist in den Bezirken eine keine Schwankung bei den zum Militär Eingezogenen auf. Beim 2., 5., 7., 8., 9. und 11. Bezirk hat sich die Zahl der Einberufenen teils mehr teils weniger vermindert, im 1., 3., 4., 6. und 10. Bezirk dagegen hat sich diese Zahl etwas erhöht.

Eine andere ähnliche Beobachtung läßt sich auch bei einem Vergleich der Bezirke mit der Vorwoche bei der Arbeitslosigkeit machen. Das Prozentverhältnis hat im 1., 5., 6., 8. und 9. Bezirk um je 0,1, im 10. Bezirk um 0,2 Prozent abgenommen. Während eine prozentuale Zunahme in keinem Bezirk nachzuweisen ist, sind alle übrigen Bezirke auf dem gleichen Prozentfuß der Vorwoche stehen geblieben.

Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Berichtswoche	Verwaltungstellen haben	be-richtigt	nicht be-richtigt	Mitgliederzahl zu Anfang der Woche	Mitgliederabgang	Davon zum Militär	Mitgliederzahl am Schlusse der Woche	Davon arbeitslos	In Prozent	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung
1. August 1914	—	—	—	538814	13192	2,5	—	—	—	—
1. 4. vom 2. 8. bis 29. 8.	422	30	143348	377756	73895	19,5	1227091	—	—	—
5. 8. = 30. 8. = 26. 9.	334	68	153913	351804	50431	14,3	1625079	—	—	—
9. 13. = 27. 9. = 31. 10.	433	18	134688	348271	27727	7,9	1198663	—	—	—
14. 17. = 1. 11. = 28. 11.	433	18	9550	338472	16793	4,9	454173	—	—	—
18. 22. = 29. 11. = 2. 1. 15.	415	30	11091	323685	12753	3,9	295060	—	—	—
23. 26. = 3. 1. = 30. 1. 15.	422	20	7117	316822	8818	2,8	133122	—	—	—
27. 30. = 31. 1. = 27. 2. 15.	429	14	7818	312268	6581	2,1	106308	—	—	—
31. 34. = 28. 2. = 27. 3. 15.	416	25	9019	303496	5200	1,7	75090	—	—	—
35. = 28. 3. = 3. 4. 15.	416	24	2552	302384	4991	1,6	17525	—	—	—
36. = 4. 4. = 10. 4. 15.	420	20	2429	296310	5025	1,5	20522	—	—	—
37. = 11. 4. = 17. 4. 15.	425	16	2367	294583	4790	1,6	13618	—	—	—
38. = 18. 4. = 24. 4. 15.	423	17	1796	293973	4776	1,6	14312	—	—	—
39. = 25. 4. = 1. 5. 15.	420	20	2859	291526	4593	1,6	13215	—	—	—
40. = 2. 5. = 8. 5. 15.	420	20	3073	288976	4364	1,5	12391	—	—	—
41. = 9. 5. = 15. 5. 15.	419	21	2566	286958	4234	1,5	10857	—	—	—

### Kriegswirtschaft.

Für die Leistungsfähigkeit der deutschen Eisen- und Stahlindustrie erbringen die Zahlen über die Roheisenerzeugung seit Ausbruch des Krieges den sprechendsten Beweis. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller stellte sich die Roheisenerzeugung:

Jahr	Monat	Arbeitsstage	Tonnen	In Prozent der Friedenserzeugung
1914	August	31	586661	37,84
1914	September	30	550057	37,42
1914	Oktober	31	729822	47,08
1914	November	30	788956	50,90
1914	Dezember	31	854186	55,11
1915	Januar	31	874133	56,39
1915	Februar	28	803623	51,85
1915	März	31	938438	60,54
1915	April	30	938679	60,55

Erhöht wird die Bedeutung dieser Entwicklung noch durch den Umstand, daß sie trotz fortwährender Einberufung der eingearbeiteten Arbeiter ermöglicht werden konnte. Im Durchschnitt der Monate Januar bis Juli 1914 hatte die Roheisenerzeugung 1,55 Millionen Tonnen betragen; vergleichsweise sei ferner hervorgehoben, daß im Jahre 1908, also in einer Zeit wirtschaftlichen Rückschlages, die Roheisenerzeugung in den Monaten August, September, Oktober

und November nicht höher, aber zum Teil noch niedriger als in den Monaten März und April des Kriegsjahres 1915 war. Größer als die Roheisenerzeugung war übrigens seit September 1914 die Rohstahlerzeugung, und zwar erhöhte sich der Unterschied dauernd zugunsten der Rohstahlerzeugung, die folgende Zahlen aufweist:

1914	Tonnen	1915	Tonnen
Juli	1627345	Januar	962736
August	566822	Februar	946015
September	668223	März	1098273
Oktober	900201		
November	900026		
Dezember	941899		

Während im September 1914 die Roheisenerzeugung die Roheisenerzeugung um etwa 80.000 Tonnen überstieg, war im März ein Mehr von etwa 160.000 Tonnen zu verzeichnen. Diese Ercheinung ist nach der Handelszeitung des Berliner Tageblatts hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Stahlerzeugung im Siemens-Martin-Verfahren während des Krieges in wesentlich geringerem Maße eingeschränkt zu werden brauchte als die Stahlerzeugung in den übrigen, hauptsächlich Roheisen verarbeitenden Herstellungsverfahren, besonders im Thomasverfahren. So betrug die Erzeugung an basischem Siemens-Martin-Stahl im März 1915 451.796 Tonnen gegen 612.393 Tonnen im März 1914, während sich die Erzeugung an basischem Thomasstahl auf nur 558.156 gegen 894.097 Tonnen stellte. Der Rohstoff zum Siemens-Martin-Verfahren besteht zum großen Teile aus Schrott, woraus sich erklärt, daß die Stahlerzeugung in stärkerem Maße gefördert werden konnte als die Roheisenerzeugung.

Für die Fertigerzeugnisse der Eisenindustrie sind starke Preissteigerungen in den letzten Monaten vorgenommen worden, denen, wie berücksichtigt werden muß, auch Verteuerungen der Rohstoffe und Steigerung der Gießereiekosten infolge eingeschränkter Betriebs usw. gegenüberstehen. Beigetragen haben dürften zu dem Grad und dem Gang der Preissteigerungen allerdings auch die für verschiedene Waren nach Ausbruch des Krieges neu gebildeten Vereinbarungen. Nach den vorliegenden Berichten reicht die Nachfrage aus, um alle Werke bis zu ihrer völligen gegenwärtigen Leistungsfähigkeit zu beschäftigen.

Natürlich gehört auch die Schiffbauindustrie zu den Betriebszweigen, die jetzt mit voller Kraft arbeiten und auch für die Zeit nach dem Kriege mit lebhafter Tätigkeit zu rechnen haben, da allein der Ersatz für Schiffsraum hohe Anforderungen nach sich ziehen muß. Die Vulkanwerke in Hamburg und Stettin konnten im Jahre 1914 eine beträchtliche finanzielle Erhöhung erlangen, nachdem sie bekanntlich im Vorjahr bei dem Bau des für die Hamburg-Amerika-Linie gelieferten Imperator schwere Verluste erlitten hatten und dividendenlos geblieben waren. Für 1913 wurde ein Verlust von 4,57 Millionen Mark ausgewiesen, der durch Entnahme aus dem Reservefonds gedeckt worden war. Das Jahr 1914 erbrachte nach Abschreibungen von 2,82 Millionen gegen 2,61 Millionen Mark im Vorjahr einen Reingewinn von 2,25 Millionen Mark, aus dem dem Reservefonds 1,10 Millionen Mark zugewiesen und nach anderen kleineren Ueberweisungen eine Dividende von 6 Prozent verteilt wird. Mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse hat die Verwaltung den Geschäftsbericht diesmal sehr kurz gefaßt, sie erklärt indessen, daß die Werke in Hamburg und Stettin gut gearbeitet haben und für das begonnene Jahr und die kommende Zeit stark beschäftigt sind. Bis zum Ausbruch des Krieges habe auch das Ausbesserungsgeschäft in Hamburg eine steigende und zukunftsweisende Entwicklung gezeigt. Für das begonnene Geschäftsjahr sei ein guter Fortgang zu erwarten. — Bei dem Bremer Vulkan, Schiffbau- und Maschinenfabrik in Begegnung, beträgt die Dividende wie im Vorjahr 11 Prozent, der Reingewinn erhöhe eine Steigerung von 2,38 auf 3,10 Millionen Mark, die Abschreibungen wurden von 1.099.313 M auf 1.707.093 M erhöht, ferner wurden 75.000 M als Kriegsrücklage zurückgestellt.

Wie bei der kürzlich besprochenen Daimlergesellschaft weisen für 1914 auch die Abschüsse der anderen Automobilfabriken sehr erhebliche Gewinnsteigerungen auf. Die Fahrzeugfabrik Eisenach kann ihre Dividende verdoppeln und bringt 12 Prozent zur Verteilung. Der Umsatz, der zahlenmäßig nicht angegeben wird, hat den des Vorjahres um fast 50 Prozent überstiegen. Der Reingewinn der Gesellschaft beträgt 963.709 M gegen 483.193 M im Vorjahr. Die ordentlichen Abschreibungen werden mit 203.068 M gegen 216.543 M im Vorjahr bemessen. Außerdem wird diesmal eine Extraabschreibung in Höhe von 100.000 M vorgenommen. Dem Reservefonds werden 38.032 M gegen 12.833 M im Vorjahr zugeführt. Nach Ueberweisung von 100.000 M an den Unterstützungsfonds und Verteilung von 50.000 M zur Tilgung von Gewinnanteilscheinern verbleiben zum Vortrag auf neue Rechnung 86.221 M gegen 85.045 M im Vorjahr. Nach Ausbruch des Krieges stellte die Gesellschaft die Arbeiten an Friedensbestellungen sofort ein, weil die mit der Heeresverwaltung vereinbarten Aufträge alle Betriebsabteilungen sofort in Anspruch nahmen. Zum Zwecke der Erhöhung der Reifeleistung und der Erledigung der für das laufende Jahr übernommenen großen Aufträge mußten entsprechende größere Neueinrichtungen in Angriff genommen werden, die inzwischen fertiggestellt worden sind. — Ähnlich, wenn auch nicht ganz so günstig, sind die Ergebnisse bei der Mannesmann-Rulag (Motoren- und Wagenten-Mt.-Ges.) in Aachen. Vor dem Kriege war das Unternehmen nach Angaben des Geschäftsberichts zu regelmäßigen Preisen sehr stark beschäftigt, seit Kriegsausbruch lieferte es gleichfalls an die Heeresverwaltung und mußte alle Aufträge der Einzelhandelsfabrik zurückstellen. Der Gesamtumsatz des Jahres 1914 beträgt ungefähr 30 Prozent mehr als im Vorjahr, eine Steigerung, die genau der des Jahres 1913 gegen 1912 entspricht. Der für 1914 erzielte Bruttogewinn beträgt einschließlich des Vortrages aus 1913 1.100.365 M gegen 1.613.590 M im Vorjahr. Nach Absetzung der Unkosten, Abschreibungen und Sonderabschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 611.463 M gegen 483.000 M im Vorjahr. Der gesetzlichen Reserve werden 160.560 M gegen 24.115 M im Vorjahr überwiegen,

zur Verteilung gelangen 15 gegen 10 Prozent im Vorjahr, auf neue Rechnung werden 114.361 M gegen 166.862 M im Vorjahr vorgetragen. Während für 1913 eine Bankschuld mit 637.873 M bestand, beläuft sie sich jetzt auf noch nicht 8000 M.

Wie viele besonders gewinnreiche Gesellschaften gestaltet auch die Mt.-Ges. Kronprinz für Metallindustrie in Berlin und Ohligs ihre Bilanz höchst undurchsichtig. Bei einem Rohgewinn von 1,67 Millionen Mark gegen 1,63 Millionen im Vorjahr wird nach Abschreibungen von 517.999 M gegen 534.482 M im Vorjahr eine Dividende von wieder 16 Prozent zur Verteilung gebracht. Daß beträchtliche „stille“ Reserven geschaffen und erweitert wurden, lassen einige Andeutungen des Geschäftsberichts zur Genüge erkennen. Zu der Bewertung der Vorräte an Rohstoffen und Waren mit 1,50 Millionen gegen 1,85 Millionen Mark im Vorjahr wird bemerkt, daß sie der augenblicklichen Lage weitgehend angepaßt sei, ebenso wird hervorgehoben, daß bei der Bewertung der Außenstände auf etwaige Ausfälle Rücksicht genommen wurde. Zu Buch stehen die Außenstände mit 1,82 Millionen gegen 2,07 Mill. Mark im Vorjahr. Die Verpflichtungen betragen 487.090 M gegen 459.820 M Ende 1913. Das Bankguthaben stieg von rund 1 Million auf 1,37 Millionen Mark, das Effekten- und Beteiligungskonto erhöhe eine Steigerung von 1,05 auf 1,58 Millionen Mark. Diese Erhöhung des Effekten- und Beteiligungskontos erklärt sich nach dem Bericht aus der Ueberführung der italienischen Beteiligung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft. Mit 358.413 M werden Zugänge auf den Anlagekonten angegeben; betont wird, daß Einrichtungen für neue Waren bedeutende Aufwendungen erforderten. Ein Vergleich mit dem Vorjahr ergibt, daß trotzdem 1913 für Zugänge auf den Anlagekonten 230.000 M mehr als für 1914 Verwendung fanden. Ueberzundet wurde die Stodung, die der Krieg zunächst mit sich brachte, auch bei dieser Gesellschaft durch Aufträge der Heeresverwaltung auf verschiedene Erzeugnisse des Unternehmens, ferner erbrachten teilweise neu aufgenommene Fabrikate nach weiterer Angabe der Verwaltung einen Ausgleich gegen Ausfälle in anderen Erzeugungszweigen. Bemerkenswert ist die Feststellung in dem Geschäftsbericht, daß der wesentliche Teil der Kriegslieferungen, also der Gewinn aus diesen Arbeiten, erst im neuen Geschäftsjahr zutage treten wird. Danach waren die Ertragsnisse der Kronprinz-Aktiengesellschaft beträchtlich besser, als die Gewinnzahlen angeben. Auch im feindlichen Ausland hat die Gesellschaft eigene Betriebsstätten, über eine dieser Anlagen ist sie ohne Nachricht.

### Unsere Tarife im Jahre 1914.

Das Jahr 1914 hat auf vielen Gebieten ganz bedeutende Ummäßigungen hervorgerufen. Ueberall hat sich der Einfluß des Krieges mehr oder weniger bemerkbar gemacht. Auch bei den Gewerkschaften und vor allem beim Deutschen Metallarbeiter-Verband zeigt sich dies. Gewaltig ist die Zahl, die unser Verband an Mitgliedern eingebüßt hat. Es wird darum wohl auch ohne weiteres einzusehen, daß besondere Einrichtungen unseres Verbandes sehr in Mitleidenchaft gezogen wurden. So auch der Stand der Tarife. Konnten wir sonst von Jahr zu Jahr eine Zunahme der Tarifverträge feststellen, so ergibt sich für das Jahr 1914 bedauerlicherweise ein Rückgang. Wenn aber auch die Zahl der Tarife zurückgegangen ist, so braucht das noch nicht als ein Zeichen der Schwäche angesehen zu werden, sondern hier haben die so gewaltigen außergewöhnlichen Verhältnisse ihren Einfluß geltend gemacht.

Der Stand der von unserem Verband abgeschlossenen Tarife war am Jahreschluß folgender:

Ende 1913 bestanden	Tarife	Betriebe	Personen
	1236	15767	194104
Nicht wieder erneuert wurden	150	978	8669

1914 wurden neu abgeschlossen . . . 59 . . . 273 . . . 8869

Zusammen 1145 . . . 15867 . . . 199805

Veränderungen im Geltungsbereich der weiterbestehenden oder erneuerten Tarife — —1904 — —60361

Es verbleiben somit . . . 1145 . . . 14063 . . . 128924

Ein Vergleich mit dem Vorjahr ergibt folgendes Resultat:

Ende 1914 bestanden 1145 Tarife für 14063 Betriebe mit 128924 Personen

1915 = 1236 = 15767 = 194104

Demnach weniger 91 Tarife für 1704 Betriebe mit 65180 Personen

Der Rückgang beträgt bei den Tarifen etwa 7,5 Prozent, bei den Betrieben 10,8 Prozent und bei den Zahlen der beschäftigten Personen gar 35,1 Prozent.

Von den am Schlusse des Jahres 1914 gültigen Tarifen waren 985 schon in früheren Jahren abgeschlossen. Diese hatten für 11.777 Betriebe und 114.766 beschäftigte Personen Gültigkeit. Von diesen Personen waren 74.646, das sind rund 65 Prozent, im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert. Im Berichtsjahr, oder richtiger in dessen ersten sieben Monaten, denn während des Krieges ist es zu keinem Abschluß eines Vertrags gekommen, wurden neu abgeschlossen 59 Tarife für 273 Betriebe und 8869 Personen, erneuert oder bestimmt verlängert 101 Tarife für 2013 Betriebe und 10.289 Personen, zusammen also 160 Tarife, die für 2286 Betriebe und 14.158 beschäftigte Personen Geltung hatten. Dagegen wurden nicht wieder erneuert oder verlängert 150 Tarife für 673 Betriebe und 8668 Personen.

Die große Mehrzahl der neu abgeschlossenen, erneuerten oder verlängerten Tarifverträge ist, wie aus der folgenden Zusammenstellung zu ersehen, das Ergebnis friedlicher Bewegungen. Es fanden ihre Erledigung:

durch friedliche Lohnbewegungen	Tarife	Betriebe	Personen
Prozent	190	1854	12050
infolge Streiks oder Aussperrung	91,8	73,4	36,1
Prozent	24	430	1498
teils friedlich, teils infolge Streiks u.	15,0	18,8	10,2
Prozent	6	292	670
	3,7	8,8	4,7



Jeher der Zustimmung der Generalversammlung allen am Kriege teilnehmenden Mitgliedern ihre Mitgliedschaft auf die Mitgliedschaft anrechnen will und dies durch Einleitung besonderer Beitragsmarken zum Ausdruck kommen soll, so ist bei der Wiederanmeldung solcher Mitglieder in den Vorstand darauf zu achten, daß die Wochenfelder für die ganze Dauer des ausgeübten Militärdienstes freibleiben und einsteilen nur folgende Bemerkung eingetragen wird:

Inhaber war für die Zeit vom . . . . . bis . . . . . zum Militär eingezogen.  
Wird das beachtet, dann können die betreffenden Wochenfelder nach Zustimmung der Generalversammlung zu dem vom Vorstand gestellten Antrag mit den Kriegsmarken besetzt werden.

Für die zur Anfertigung von Heeresarbeiten Verurteilten sind die vorstehenden Bestimmungen während der Dauer der Verurteilung keine Anwendung.

Bzüglich der Einreihung von kriegsverletzten Mitgliedern in die Invaliden- oder Halbinvalidenklasse des Verbandes soll möglichst schonend vorgegangen werden. Kriegsverletzte Mitglieder, die der Verrichtung einer gewerblichen Arbeit ohne wesentliche Beeinträchtigung vorzuziehen können und dabei annähernd einen gleichen Verdienst wie vollverwerbsfähige Mitglieder erzielen, sollen wieder als Mitglieder der Vollbeitragsklasse geführt werden. Dagegen ist in Fällen schwerer Kriegsverletzung die Einreihung in die Invaliden- oder Halbinvalidenklasse des Verbandes ins Auge zu fassen.

Die Verwaltungen werden ersucht, sich besonders der wirtschaftlichen Angelegenheiten der kriegsverletzten Mitglieder kräftig anzunehmen und namentlich etwa von den Unternehmern ausgehenden Versuchen der geringeren Entlohnung der kriegsverletzten Arbeiter entgegenzuwirken. Die dabei gemachten Wahrnehmungen sollen die Verwaltungsstellen umgehend dem Vorstand mitteilen, damit von hier aus allen Versuchen der Unternehmer, die Kriegsverletzten als Lohnbrüder gegen die industrielle Arbeiterschaft auszuspielen, entgegengetreten werden kann.

Alle für den Vorstand bestimmten Einbungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röntgenstraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röntgenstraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist. Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.  
Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand.

An die Delegierten zur 12. Generalversammlung in Berlin.  
Wir ersuchen die Delegierten, uns möglichst bald ihre Adresse mitzuteilen, damit wir in der Lage sind, ihnen rechtzeitig das notwendige Material zu übermitteln.

Ferner bitten wir bis spätestens 20. Juni um Angabe, ob die Kollegen wünschen, daß Wohnung für sie besorgt wird. Sollte dies der Fall sein, so erbitten wir auch darüber Angaben und Wünsche. Auch wenn keine Wohnung gewünscht wird, ist die Anmeldung erforderlich.

Die Adresse des Vollkommissars ist: Wilhelm Siering, Berlin N. 54, Lützenstraße 83/85.

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, die Delegierten auf diese Mitteilung hinzuweisen.  
Mit kollegialem Gruß  
Die Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle Berlin.

## Berichte.

### Metallarbeiter.

Kassel. Arbeit und Verdienst zur Kriegszeit in der Kasseler Metallindustrie. Gelegentlich einer Prüfung der Mitgliedsbücher, die von den Mitgliedern der Ortsverwaltung an einigen Sonntagen in den Monaten März und April vorgenommen wurde, sind zugleich Feststellungen gemacht worden über die Art der Beschäftigung und über die Verdienste in der Kriegszeit. Von der Erhebung wurden 1000 Mitglieder erfaßt, das sind 70,4 Prozent unserer in der Erhebungszeit durchschnittlichen Mitgliederzahl von 1420. Verheiratet waren davon 598, ledig 402. 518 Verheiratete hatten 1569, im Durchschnitt also jeder 3 Kinder, 80 waren kinderlos. Ueber die Art ihrer Beschäftigung konnte von 993 Auskunft erlangt werden. Im Frieden wird in Kassel nur in einem Betrieb mit etwa 120 Arbeitern Militärarbeit geliefert. Das Bild hat sich hier wie anderswärts vollständig gewandelt. Von den 993 Arbeitern sind 866 gleich 87,2 Prozent in Betrieben beschäftigt, in denen Heeresarbeit gefertigt wird. In andern Betrieben arbeiten 127 gleich 12,8 Prozent. 603 oder 60,7 Prozent leisten nur Heeresarbeit und nur 390 gleich 39,3 Prozent sind an anderer Arbeit beschäftigt. In den Betrieben für Heeresarbeit sind 69,6 Prozent der Arbeiter beschäftigt. Die Heeresaufträge haben also für die Kasseler Metallindustrie ganz außerordentliche, für den Beschäftigungsgrad ausschlaggebende Bedeutung. Und so wie hier, dürfte es wohl fast in der gesamten Metallindustrie sein. Ohne die Heeresaufträge wäre in der Kriegszeit entfehlende Arbeitslosigkeit vorhanden. Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus? Wenn vor dem Kriege auf den Stillstand fast aller Industrie- und Handelsbetriebe hingewiesen wurde, so hat sich das keineswegs als ganz irrtümliche Annahme erwiesen. Die Erzeugung für den regelmäßigen Güterbedarf, die jetzt fast nur in Frage kommt, ist trotz Entziehung gewaltiger Arbeitermassen durch Einberufung zum Heeresdienst nicht in der Lage, den verbleibenden Rest der Arbeitskräfte voll zu beschäftigen. Deutschlands Industrie und seine Arbeiterschaft sind auf den Weltmarkt angewiesen, der uns jetzt durch den Krieg und besonders durch Englands Beteiligung am Kriege fast ganz gesperrt ist. Nicht den kleinsten Teil unseres bisherigen Absatzgebietes können wir entbehren. Würde es den mit uns im Kriege befindlichen Mächten, so wie sie es beabsichtigen, gelingen, deutsche Waren vom Weltmarkt zurückzudrängen, so würde Arbeitslosigkeit von nie gekanntem Umfang mit allen ihren unmittelbaren und mittelbaren Wirkungen auf Jahre hinaus die unausbleibliche Folge. Denn erst langsam könnte sich die Industrie den neuen Verhältnissen anpassen und neue Absatzgebiete erschließen. Jetzt im Kriege schafft der Heeresbedarf, besonders durch den gewaltigen Verbrauch an Munition, für die sonst brachliegende Industrie und für die zurückgebliebenen Arbeiter und Arbeiterinnen Verdienst. Sogar Arbeitermangel ist vielfach zu verzeichnen. Trotzdem aus andern Industrien große Massen Arbeiter zur Metallindustrie herangezogen werden und auch Arbeiterinnen in erhöhter Zahl beschäftigt sind, muß Tag und Nacht über das Regelmäßige hinaus gearbeitet werden. In Kassel arbeiten von den 993 befragten Mitgliedern 581 gleich 58,5 Prozent regelmäßig mit Ueberstunden, 121 gleich 12,2 Prozent leisten regelmäßig Sonntagsarbeit und 196 gleich 19,7 Prozent Tag- und Nachtschicht. Die durch Ueberarbeit vermehrte Arbeitsleistung ist es auch vornehmlich, die die Arbeiter einer gegen die Zeit vor dem Kriege höheren Gesamtverdienst erzielen läßt. Wie es mit dem für die Stunde erzielten Verdienst ausfällt, zeigt die nachstehende Uebersicht. Ueber ihren Verdienst machten 993 gleich 100 Prozent Angaben.

Gegen die Friedenszeit ist der Verdienst	bei allen Arbeitern	bei Heeresarbeitern	bei andern Arbeitern
gleich geblieben . . .	441 44,4	241 39,9	200 51,3
geringer geworden . .	60 6,—	32 5,3	28 7,1
höher geworden . . .	492 49,6	330 54,8	162 41,6

Bezeichnend ist, daß sogar Verdienstminderungen vorgekommen sind. Sogar ist der Stundenverdienst in noch nicht der Hälfte aller

Fälle geworden. Bei den an Heeresarbeit beschäftigten Mitgliedern beträgt der Anteil der Mehrverdiener 54,8 Prozent, also auch nur wenig über die Hälfte. Daß die Mehrverdiener nur in allen Fällen ausreichen würden, die Leistung auch nur annähernd auszugleichen, kann durchaus nicht behauptet werden. Wenn auch nur 1 oder 2 1/2 die Stunde mehr erzielt wurde, ist der Fall als Mehrverdienerfall gezählt worden. Die Zahl dieser Fälle ist aber nicht gering. Immerhin ist hier eine, wenn auch nur geringe Aufbesserung eingetreten. Die andere Hälfte der Mitglieder kann auch das nicht einmal von sich sagen. Bei 50,4 Prozent im Allgemeinen und bei 45,2 Prozent bei den an Heeresarbeit beschäftigten Mitgliedern ist der Verdienst gleich geblieben. Diese Kollegen sind bei der anhaltenden Steigerung der Preise aller Bedürfnisse übel daran. Die Verhandlung in Kassel hat denn auch die Rückwendung aus den Feststellungen gezogen und für die Metallarbeiter bei sämtlichen Unternehmern Kriegsteuerungszulagen beantragt. Bei den großen Gewinnen, die die Unternehmer an den Kriegslieferungen erzielen, wäre es ihnen ein leichtes, dem Verlangen der Arbeiter ausreichend Rechnung zu tragen.

## Rundschau.

### Noch einmal die Kriegswochenhilfe.

Nach den bisherigen Erfahrungen kommen die Frauen, die Anspruch auf die Kriegswochenhilfe erheben wollen, meistens ohne die nötigen Papiere zur Krankenkasse. Dadurch muß sich aber naturgemäß die Auszahlung der Unterstützung verzögern. Wir wollen deshalb kurz einige Vorbedingungen für die Erlangung der Kriegswochenhilfe bekanntgeben.

Die Krankenkassen zahlen nur dann Unterstellungen aus, wenn entweder der Mann oder die Frau oder beide Krankenkassenmitglieder sind oder bis zum Eintritt in den Heeresdienst waren. Als Papiere sind beizubringen:

1. Der Nachweis, daß der Mann Kriegsteilnehmer ist, der ohne weiteres auf Verlangen von den Stellen schriftlich gegeben wird, die die Kriegsunterstützung auszahlen.
2. Die Heiratsurkunde.
3. Das Krankentagebuch oder die Mitgliedskarte der Krankenkasse. Gebörte der Mann innerhalb eines Jahres vor Eintritt in den Heeresdienst mehreren Krankenkassen an und war er unmittelbar 6 Wochen vorher nicht hintereinander Mitglied nur einer Krankenkasse, dann sind die Mitgliedsbücher aller Kassen mitzubringen. Für diese Fälle empfiehlt sich auch die Beibringung der letzten Invalidenquittungskarte.
4. Ist die Frau Krankenkassenmitglied, muß sie auch ihr Mitgliedsbuch beibringen.

Wir können nur wieder bringen raten, mit diesen Papieren bereits einige Zeit vor der Entbindung die Krankenkasse aufzusuchen und den Anspruch anzumelden. Nach der Geburt des Kindes ist dann nur noch die Geburtsurkunde des Kindes der Kasse einzureichen. Nur wenn in dieser Weise verfahren wird, kann die Auszahlung der Unterstützung sofort nach der Entbindung erfolgen.

Bedürftige Wöchnerinnen müssen anstelle der Heiratsurkunde den Nachweis erbringen, daß der Vater des Kindes die Waterschaft anerkennt. Wird für das Kind Kriegsunterstützung gezahlt, genügt der Nachweis hierfür. Im andern Falle müßte eine von dem militärischen Vorgesetzten beglaubigte schriftliche Erklärung des Vaters des Kindes beschafft werden.

Gleichzeitig wollen wir noch einmal darauf hinweisen, daß auch Nichtkriegerfrauen, die aber Kassenmitglieder sind und nach dem Statut Anspruch auf Wochenhilfe haben, während des Krieges die höchsten Leistungen der Kriegswochenhilfe erhalten. Anstelle des hier vorgesehenen Wohnungsgeldes tritt in solchen Fällen das sachungsgemäße Wohnungsgeld der Kasse.

Da die Unkenntnis über die Bestimmungen der Kriegswochenhilfe erahnlich groß ist, empfehlen sich immer wieder Hinweise auf diese.

### Die Arbeiterwelt und der Burgfrieden.

Die in Nürnberg erscheinende „Fränkische Tagespost“ (Nr. 118 vom 22. Mai) veröffentlicht folgendes:

„Ein Dokument aus der Zeit des Burgfriedens.  
Ein anständiger Fabrikant läßt uns in das nachstehende Schreiben Einsicht nehmen:

Ablenwerke vorm. Heinrich Meyer A.-G.  
Abteilung Sekretariat.  
Frankfurt, 20. Mai 1915.

Herrn . . . . .  
Vertraulich.  
Der bei Ihnen angeblich vom . . . . . beschäftigt gewesene Schloffer . . . . . bewirbt sich um Arbeit bei uns. Wir fragen daher ergeben bei Ihnen an, ob Genannter ein tüchtiger und zuverlässiger Arbeiter ist, wie sein Betragen bei Ihnen war und besonders, ob er kein Aufwiegler, Heizer oder dergleichen ist.

Für Ihre gefälligen Bemühungen sagen wir Ihnen im voraus verbindlichsten Dank und versichern Sie strengster Diskretion.  
Sachachtungsvoll  
Unterschrift unleserlich.

I Freicourvert. Ablenwerke vorm. Heinrich Meyer A.-G.  
Dieser vertrauliche Schnüffelbrief hat nach demselben Wortlaut wie der, den wir schon vor drei Jahren (Metallarbeiter-Zeitung 1912, Nr. 31, Seite 251) veröffentlicht haben. Wir können ferner hinzufügen, daß uns zur selben Zeit aus einem andern Orte die Abschrift eines eben solchen Briefes zugegangen ist. Daraus scheint hervorzugehen, daß die Ablenwerke Arbeiter brauchen. Wenn aber der Krieg die Gesinnung ihrer Leitung so wenig beeinflusst hat, daß sie trotz aller Mahnungen und Beispiele von höherer Stelle ihre Gesinnungsschnüffelerei weiterbetreibt, so ist das mehr als eine Launhaftigkeit, so ist das der Ausdruck einer unentwegten Schärfergesinnung, die die Arbeiterschaft auch nach dem Kriege das Schlimmste erwarten läßt.

### Ein bemerkenswerter Aufruf.

In der Bergarbeiterzeitung vom 22. Mai (Nr. 21) befindet sich folgende Aufforderung an die Bergarbeiter:

„Es gehen uns immer noch Beschwerden zu, daß elliche Bergbeamte den reklamierten und beurlaubten Bergarbeitern bei jeder kleinen Differenz mit dem Schützengraben drohen, den Schützengraben also als Strafanstalt und Schreckmittel benutzen. Wir bitten alle Kameraden dringend, uns solche Drohungen nicht nur mitzuteilen, sondern uns vollen Namen und eventuell auch Adresse dieser Beamten anzugeben, welche solche Drohungen ausgesprochen. Wenn Zeugen dabei waren, bitten wir, auch Zeugen und deren Adresse anzugeben. Wir wollen diesen groben Unfug höheren Orts zur Kenntnis bringen und den Beamten dadurch dieses traurige Handwerk legen. Deshalb bitten wir dringend, uns solche Drohungen nach Buchum mitzuteilen.“

Das Mittel, Arbeitern mit dem Schützengraben zu drohen, wenn sie sich nicht willfährig zeigen, steht nicht nur im Bergbau in Blüte, sondern wird auch vornehmlich in den Fabriken für Heereslieferungen gern und oft angewandt. In einer Anzahl dieser Betriebe haben sich die Zustände so zuspitzt, daß die Arbeiter die Drohung mit dem Schützengraben schon nicht mehr scheuen, sondern sich selbst freiwillig an die Front stellen, nur um der schlimmen Behandlung zu entgehen. 15-, 16- und 17-tägige Arbeitszeiten sind nichts fetteres mehr. Die Antreiberei steigt aufs höchste, die Behandlung wird strenger; ist es da ein Wunder, wenn selbst solche Leute, die schon in den Schützengräben waren, sich wieder dahin zurückziehen? Es gibt doch genug Arbeiter, die ihre Menschenwürde achten und sie nicht in den Staub treten lassen wollen.

### Gewerbegerichtliches.

Angefangener Akord. Ein auf der Vulkanwerk in Hamburg beschäftigt gewesener Schloffer erhielt wegen mehrfachen Fehlens seine Entlassung. Nach den Vorschriften der Arbeitsordnung sollte der Entlassene außerdem des ihm aus drei unvollendeten Akorden

zustehenden Ueberschusses von 82 M verlustig gehen. Der Schloffer hielt die in Betracht kommenden Bestimmungen der Arbeitsordnung für gesetzlich unzulässig und klagte auf Auszahlung der 82 M. Das Gewerbegericht unter dem Vorsitz des Hilfsrichters Dr. Nord schloß sich der Auffassung des Klägers an und verurteilte die Werk unter Belastung mit den Kosten zur Auszahlung des geforderten Betrags. Das Gericht habe keinen Zweifel, daß sich die Nichtzahlung des Akordüberschusses als eine Strafe darstelle. Eine solche Strafe in beliebiger Höhe widerspreche aber dem § 134 der Gewerbeordnung. Sie widerspreche ferner nach Auffassung des Gerichts in der unbeschränkten Höhe den guten Sitten; denn nach einer berechtigten Volksanschauung sei jeder Arbeiter seines Lohnes wert. Eine Strafverurteilung von Lohnanteilen könne daher nur aus berechtigten Gründen und nur in einer Höhe, die im Verhältnis zu den Gründen stehe, als sittlich zulässig angesehen werden. Da der Arbeiter nach der Arbeitsordnung das Arbeitsverhältnis täglich lösen könne, sei diese Kündigung nicht rechtswidrig und gebe der Werkleitung nicht die Befugnis zu einer Bestrafung des Arbeiters. Wenn sich die klagte Werk ganz allgemein auf die Gültigkeit ihrer Arbeitsordnung berufe, die bei freiwilligen Ausscheiden oder bei berechtigter Entlassung eines Arbeiters den Akordüberschuss als von ihm nicht erworben, nicht aber als Strafe ansehe, so müsse das Gericht der Beklagten hierin grundsätzlich unrecht geben, ebenso wie es das Landgericht und das Gewerbegericht in letzter Zeit ständig getan haben.  
(Nach dem Hamburger Echo vom 23. Mai 1915.)

### Die größte Volksversicherungsgesellschaft „Victoria“

hat das Kriegsjahr 1914 hart empfunden. Die Volksversicherungsneuanträge gingen von 431 815 im Jahre 1913 auf 240 180 und die dafür versicherte Summe von 119 Millionen Mark auf 66 Millionen Mark zurück. Erlöschen sind im Jahre 1914 442 158 Versicherungen (1913 314 267), davon sind allein vergütungslos verfallen 223 748 Versicherungen, gegen 89 641 im Jahre 1913. Die Gesellschaft hat deshalb einen Rückgang ihrer Versicherungen, und zwar um 201 978. Das Volksversicherungsgeschäft brachte aber trotzdem noch einen Ueberschuss von 13,69 Millionen Mark, gegen 16,99 Millionen Mark im Jahre 1913. Der Nettogewinn des ganzen Geschäftsbetrags 36,04 (1913 39,52) Millionen Mark. Davon erhalten die Volksversicherungsversicherten 20 Prozent (1913 25 Prozent) Dividende, die Aktionäre 780 000 M Dividende, 65 Prozent (1913 85 Prozent) des bar eingezahlten Aktienkapitals, der Aufsichtsrat 175 914 M und der Vorstand 59 438 M Lantimen. — Demnach verlierten 223 748 Versicherte wieder ihre ganzen eingezahlten Prämien — das ist bei der Volkswirtschaft unumgänglich!

### Die Landwirte im Kriege.

Zu den scharfen Beurteilern der Landwirte, die sich die schlimmsten Preisstreiberien aufschulden kommen ließen, gehört auch Herr Superintendent v. Ripke, der Herausgeber der Dorfkirche. In einem Auffass erkennt er zwar den Eifer der Landwirte in der Liebesfähigkeit an, dann aber erhebt er folgende schwere Anklage gegen sie:

„Es ist unumwiderproben als allgemein gültig festgestellt worden, daß von den Landwirten zu den Höchstpreisen trotz aller Gesetze nichts zu kriegen war. Trotzdem nicht nur das Fördern, sondern auch das Nehmen freiwillig gebotener höherer Preise strafbar war, ist nur zu höheren Preisen verkauft und die nötigen Nahrungsmittel sind zurückgehalten worden. Alle Gesetze betreffend Anmeldung, Verkauf und Schrotten des Getreides waren Schläge ins Wasser. Hat wirklich die ganze deutsche Landwirtschaft gegen Gesetz und Recht in der höchsten Gefahr des Vaterlandes dem deutschen Volke das Brot zurückgehalten, um von der Not des deutschen Volkes Profit zu ziehen? Die Frage ist entsetzlich. Muß sie bejaht werden, so ist alle Liebesfähigkeit des Landvolkes ein kleines Almosen neben einem Raubzug auf die Not des Volkes. So hat der Geschäftsgeist, den unser Landvolk in den letzten Jahrzehnten eingegeben hat, sein Werk vollendet und die Seele des Landvolkes zerstört. Es hatte kein Recht mehr, sich über Englands Krämergeist zu enträsten. Denn die Sünde am eigenen Volke ist schlimmer als die am fremden.“

### Der Krieg und die christlichen Gewerkschaften.

Der bekannte christliche Gewerkschaftsangehörte Theodor Brauer hat unter der obigen Ueberschrift in einer vom katholischen Sekretariat sozialer Studentenarbeit (M.-Gladbach) herausgegebenen Schriftenreihe ein Buchlein erscheinen lassen. Darin bemüht sich Brauer, nachzuweisen, welchen gewaltigen Einfluß auf den Gang des Krieges die staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Arbeiter durch die christlichen Gewerkschaften gehabt habe. Die christlichen Gewerkschaften seien stets für die Aufwendungen gewesen, die die deutsche Wehrmacht erforderte, und auch das Eintreten der christlichen Arbeiterschaft für eine starke „Bauerngrundlage“ Deutschlands mittels der Zollpolitik hebt Brauer besonders hervor. Diese Tatsache, so meint er, erziehe „die christlichen Gewerkschaften der Pflicht, bei Ausbruch des Krieges irgendetwas umzulernen. Wenn Deutschland nicht erdrückt wurde, wenn es den fürchterlichen Anprall einer Welt von Feinden sieghaft abwehren konnte, so geschah es in erster Linie dank den Vorbereitungen, deren Notwendigkeit und Berechtigung die christlichen Gewerkschaften der deutschen Arbeiterschaft seit Jahren eindringlich zu Gemüte geführt hatten. Der Krieg brachte mit seinen Wegereicherungen den christlichen Gewerkschaften eine grandiose, in ihrer Art überwältigende Bestätigung ihrer Grundsätze.“

Und weiter schreibt er, daß die Opfer, die der nationalen Solidarität unter ungeheuren Anstrengungen gebracht wurden, der Zeit seien, der fest zusammenhalte. Unsere Generation habe es mit elementarer Wucht gefühlt und erlebt, daß es über den Interessengegenheiten, die die verschiedenen Volksschichten voneinander trennen, doch noch etwas gebe, was alle eine. Aber nicht nur in der Front zeige sich heute die Frucht der Erziehung der deutschen Arbeiter nach christlich-gewerkschaftlichen Grundsätzen, sondern auch „hinter der Front werden jetzt für das ganze Gemeinwohlleben die Früchte gepflückt, die auf dem Boden der christlichen Gewerkschaftsauffassung gereift sind“. Die christlichen Gewerkschaften hätten stets die Arbeiter auf die Pflicht der Gewerkesolidarität hingewiesen, sie hätten rücksichtslose Anerkennung der Unentbehrlichkeit der Untermertätigkeit im volkswirtschaftlichen Getriebe verlangt und die Forderungen an die Betriebe so gestellt, daß diese in ihrem Gedeihen nicht gestört wurden. Was die christlichen Gewerkschaften verlangt hätten, sei der Weg vernünftiger Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern gewesen, und dieses Ziel habe eine über alles Erwartete glänzende Verwirklichung jetzt in der Arbeitseinsparung (Bau-, Holz-, Maler-, graphisches Gewerbe) gefunden. Die jetzigen Arbeitsgemeinschaften aber seien für alle Zeiten der lebendige Beweis für die Richtigkeit der christlichen Gewerkschaftsauffassung. Die Arbeitsgemeinschaften seien eine höhere Bindung der Arbeiter und Unternehmer, wie sie sich auf dem Boden der Tarifbewegung zunächst aufgebaut habe; in Zukunft müsse unser Arbeitsrecht sich noch mehr in dieser Richtung entwickeln. Die christlichen Arbeiter wollen dazu beitragen und sich dabei an Pflichterfüllung von keinem Stande übertreffen lassen, auch wo es sich um die sonstige Fürsorge für die Arbeiter handelt.

So der Gedankengang in der Brauerschen Schrift. Neues sagt sie uns nicht, aber auch sie trinkt an der Ueberhebung, wie sie der christlichen Gewerkschaftsbewegung zum ersten Mal so reichlich eingegeben ist, der aber immer wieder entgegnet werden muß. Daß die christlichen Gewerkschaften sich stets für die Wehrmacht des Landes eingesetzt haben, wollen wir ihnen glauben. Diesen Ruhm teilen sie mit allen bürgerlichen Parteien, und die Gewerkschaftskritiker haben bestreutete Kreise, die ihre Politik so einrichten, daß jederzeit mit der Möglichkeit eines Krieges gerechnet werden mußte. Wenn das in Zukunft so bleibt, ist dieser Zustand eher ein Unglück, denn etwas anderes zu nennen. Auch der Hinweis auf die Unterstützung der Zollpolitik durch die christlichen Gewerkschaften entbehrt nicht des bitteren Beigeschmacks. Das Verhalten unglücklicher Landwirte während des Krieges zeigt uns aber, wie sie dem Vaterland die agrarische Liebesgaben- und Zollpolitik danken. Wir brauchen in dieser Zeit

zur irgend ein christliches Gewerkschaftsblatt in die Hand zu nehmen, um aus ihm herauszufinden, daß die christlichen Gewerkschaften gerade in der Frage der Aggar- und Zolpolitik recht viel umzulernen hätten. Wenn die Wehrkraft des deutschen Volkes von dieser auch von den christlichen Gewerkschaften betriebenen Wirtschaftspolitik abhängig wäre, dann stünde es angeht der stets wachsenden Industrialisierung Deutschlands und auch aus vielen anderen Gründen um die zukünftige Landesverteidigung gewiß nicht zu gut. Die Bauern allein machens nicht.

Und was die Hervorhebung der Gewerkschaftlichkeit in der Brauerischen Schrift anlangt, so möchten wir auch hier nur sagen, daß den christlichen Gewerkschaften die Ueberhebung schlecht ansteht, wenn sie behaupten, daß die Tarifverträge und die während des Krieges gebildeten Arbeitsgemeinschaften den lebendigen Beweis für die Richtigkeit der christlichen Gewerkschaftsauffassung bildeten. Ehe christliche Gewerkschaften bestanden, haben freie Gewerkschaften Tarifverträge abgeschlossen; und wo waren heute Tarifverträge und Arbeitsgemeinschaften, wenn die freien Gewerkschaften nicht die Stärke erreicht hätten, die es ihnen erst möglich macht, die Arbeiterorganisationen in vielen Berufen bei den Unternehmern zur Anerkennung zu bringen? Wir haben noch nicht gehört, daß sie dabei die Unternehmer als Vorgesetzte am Arbeitsvertrag als einen minderwertigen Teil im Wirtschaftsleben betrachtet hätten. Im Gegenteil. Zweihundert und fahrtunfend waren die Arbeiter mit wenigen Ausnahmen in der Geschichte im Arbeitsverhältnis die Knechtlosen, bis der Gedanke des Sozialismus die Menschlichkeit in der Arbeiterschaft weckte und sie zum Handeln und zum Kampfe gegen diesen schimpflichen Zustand trieb. Mit Erfolg. Im Kampf hat die sozialistische Arbeiterschaft den Boden gebnet, auf dem die Verhandlungen in Lohn- und Arbeiterfragen zwischen Arbeitern und Unternehmern vor sich gingen, und dann erst, weit später, kamen die christlichen Gewerkschaften und zehrten mit von den Früchten, die andere für sie erarbeitet hatten. Die Unternehmer in den Berufen, die heute die sogenannten Arbeitsgemeinschaften besitzen, haben früher jede Gewerkschaftlichkeit mit den Arbeitern abgelehnt, genau so wie es die Unternehmer in den Großbetrieben noch heute tun und in absehbarer Zeit auch noch weiter tun werden; sie mußten zum Verhandeln und zum Abschluß besserer Arbeitsverträge erst gezwungen werden. Und wenn sich allmählich ein besseres Zusammenarbeiten von Arbeitern und Unternehmern in diesen Berufen herausgestellt hat, so ist auch das kein Erfolg, der von der Gütmütigkeit der Unternehmer abhängt oder durch Anbiederung organisierter Arbeiter auf diese unter dem Hintertisch auf die Gewerkschaftlichkeit erreicht wurde; er wurde nur dadurch errungen, daß der in den freien Gewerkschaften organisierte Arbeiter sich auf die Organisation und auf sein Recht stützte. Er stellte Klassenolidarität über Gewerksolidarität, und er ist dabei zu gefahren, wie Tarifverträge und Arbeitsgemeinschaften zeugen. Der Anspruch, es sei nicht gebracht zu haben, auch in der Arbeiterfürsorge und sonstigen Interessenvertretungen vor und während des Krieges in der Arbeiterbewegung an der Spitze zu marschieren, steht nicht den christlichen, wohl aber den freien Gewerkschaften zu. Das ist, was wir auch gegen die Brauerische Schrift ernstlich betonen möchten.

## Vom Ausland.

### Österreich.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Seif, Ellenbogen und Domeš (Metallarbeiter) wurden vom Kriegsminister v. Probatin empfangen, um ihm unter anderem den Wunsch der Partei nach Einsetzung eines Kriegsauswahlschusses zur Schlichtung von Streitigkeiten in den Heereslieferungsbetrieben vorzutragen. Weiter wünschten sie baldige Regelung und Verbesserung der Witwen- und Waisenversorgung. Der Minister sagte dies zu.

### Schweiz.

Uhrenarbeiter und Uhrenindustrie. Schon als der Gedanke an die Verschmelzung des Uhrenarbeiterverbandes mit dem Metallarbeiterverband aufkam, äußerten sich die schweizerischen Uhrenfabrikanten und ihre Presse darüber sehr abfällig und jetzt, da die Verschmelzung der beiden Verbände beschlossen ist, kommt ein bürgerliches Blatt, die Suisse liberale (Liberales Schweiz), das Organ der Uhrenfabrikanten im Kanton Neuchâtel, um über den Verlauf der schweizerischen Uhrenarbeiter an die deutschen Gewerkschaften zu faheln. Obwohl diese Verleumdung ein alter Ladenhüter ist, der durch sein schwärzliches Alter und seine lange Lagerung nicht an Eigenart und Beseitigung gewonnen hat, so wird er doch nicht verschmäht, um unangenehme und unabwehrliche Tatsachen in ein schlechtes Licht zu stellen. Die Gegner scheinen sich bei diesem Verfahren dessen nicht bewußt zu sein, daß sie dadurch ihr Interesse mit der aus Selbsthohn bewirkten Unzufriedenheit gegen die Arbeiter offenbaren und diesen bei den bestehenden Gegensätzen damit sagen, daß sie auf dem rechten Wege sind. Gegen die verleumdende Behauptung wandte sich jedoch das Zentralkomitee des Uhrenarbeiterverbandes mit einer Erklärung im genannten Blatte, in der es die dreifache, unabwehrliche Behauptung zurückweist und feststellt, daß die Verschmelzungstage in sämtlichen Uhrenarbeiterorganisationen — auch in denen der Kantone Genéve und Neuchâtel — und daß der Verschmelzung allerorten einmütig zugestimmt wurde. Wenn die Uhrenindustriellen trotzdem noch Lügen in die Welt hinaus verbreiten und von einem „Verkauf“ der schweizerischen Uhrenarbeiterorganisation faheln, dann müssen sie entweder ein schlechtes Gewissen in bezug auf ihre eigene „Neutralität“ haben oder sie beabsichtigen, in Zukunft mehr als bisher ihre „Neutraltät“ mit den Arbeitern teilen zu müssen. In jedem Falle zeigt sich die Korrespondenz in der Suisse liberale als eine bodenlose Gemeinheit. Abgesehen von den Urhebern dieser Korrespondenz, die es vorzogen, unter dem Schutze der Anonymität den Uhrenarbeiterverband zu begehren und sich bemühten, chauvinistische Leidenschaften gegen denselben aufzustacheln.

Die Uhrenfabrikanten werden sich schon, wenn auch ungern, mit der Tatsache der Verschmelzung der beiden Verbände abfinden und auch ihre wirtschaftliche nationalpolitische Gefahr erkennen müssen. Im übrigen wäre es besser, die schweizerischen Uhrenfabrikanten würden ihren Arbeitern auskömmliche Löhne bezahlen. So besteht in vier Schweizer Uhrenfabriken noch immer der jahrhundertlange „Kriegs-Lohnvertrag“ und in der jüngsten Fabrik ein „unprozentiger“, trotzdem fortwährend noch alle Lebensmittel teurer werden, obwohl sie sonst schon unerschwinglich hohe Preise haben. Die Fabrikanten berechnen sich ja an den Arbeitern mit außerordentlich hohen Kriegsgewinnen. Dabei erwidern sie in einer dieser Fabriken ein bemerkenswertes Zwischenstück. Einem Arbeiter war der Lohn nur um 25 Prozent erhöht worden und auf sein Verlangen erhielt er endlich eine Zulage von 50 Cts., womit sein Tageslohn auf 4,50 Franken (3,60 M) liegt. Das sei ein schöner Lohn, wurde ihm erklärt, und er dürfe sich dazu Glück wünschen. Da wurde dem Arbeiter von einem anderen Herrn eine Arbeitsstelle mit 6 Frs. Tageslohn angeboten, worauf er antwortete: „Man hing es auf einmal, er solle bleiben, man würde ihm ebenfalls 6 Frs. als Lohn zahlen, aber auf seinem Entschluß beharrte, wurde seine in der gleichen Uhrfabrik beschäftigte Frau von dem verantwortlichen Fabrikanten entlassen.“ Diese Kapitalisten erlauben sich gegen die Arbeiter einzusetzen. So hat die eine Fabrik in Vevey bei Genéve ein in anderen gewöhnlichen Fabrikbetrieben als Arbeiterbetrieb übernommen, der ein Arbeiter zu führen hat, der in jeder als Uhrmacher und als Abend sowie am Sonntag als Feiertagsarbeiter tätig sein muß. Den Arbeitern in der Fabrik aber werden Monopolenlöhne für das Putzen und Reinhalten angedungen. Als eine neue Seite des alten herrschaftlichen Lohnsystems.

Da der Schweizer Uhrenfabrik der Schweizer Staat mehrere hundert Arbeiter und Arbeiterinnen in den Schweizer verschiedenen Fabriken beschäftigt, so werden diese Arbeiterinnen vertrieben und an andere Orte wieder an sie verteilt. Unter dem Vorwand, daß die Arbeiterinnen in der Schweiz nicht zu

wurde, vermögen wir nicht zu sagen, allein das möchten wir den Herren raten, in Zukunft derartige Praktiken unterbleiben zu lassen, denn der Krug geht zum Bräuner, bis er bricht! —

In dem Jahresbericht, den der Zentralvorstand des nun mit dem Metallarbeiterverband verschmolzenen Schweizerischen Uhrenmacherverbandes vor einiger Zeit veröffentlichte, wurde festgestellt, daß das Geschäft mit den besseren Uhren am meisten durch den Krieg litt; während im Juli 1914 die 13 Kontrollstellen noch 310 455 Gold- und Silberschalen prüften, sei die Zahl im August auf 18 705 und im September auf 15 055 zurückgegangen. In den folgenden Monaten besserten sich die Verhältnisse wieder ein wenig, doch blieb der Durchschnitt der hergestellten Gold- und Silberuhren auf 49 176 im Monat stehen. Seit Neujahr konnte eine weitere Besserung festgestellt werden, indem im letzten Vierteljahr monatlich durchschnittlich 78 422 Gold- und Silberschalen geprüft wurden. Die Metalluhrenherstellung hat seit Neujahr einen sehr befriedigenden Betrieb aufzuweisen und wenn die Arbeiter auch nicht übermäßig beschäftigt sind, so konnte doch an mehreren Orten die zehnjährige Arbeitszeit wieder eingeführt werden. Das gleiche gilt auch für die Zifferblattmacher und andere Arbeiterarten des Uhrenmacherverbandes, die durchschnittlich 7 bis 8 Stunden im Tage beschäftigt sind. Einzig die Goldschalenmacher und die mit ihnen im Zusammenhang stehenden Arbeitergruppen leiden noch unter den gegenwärtigen Verhältnissen am meisten und viele mußten anderweitig ihr Brot zu verdienen suchen. Die Aussichten für die Zukunft sind immer noch ungewiß, doch glaubt das Zentralkomitee des Uhrenmacherverbandes, daß die Verhältnisse sich langsam bessern und nicht mehr den Tiefstand erreichen werden, wie zu Anfang des Krieges.

Auch in der kapitalistischen Neuen Zürcher Zeitung wird angegeben, daß die geschäftliche Lage der schweizerischen Uhrenindustrie seit Neujahr eine anhaltende Besserung erfahren hat und besonders die billigen Uhren sehr stark begehrt sind, so daß alle die Fabrikanten, die solche herstellen, gut bis sehr gut beschäftigt sind. Die Schwierigkeiten der Einfuhr von notwendigen Rohstoffen und deren Verteuerung haben die schweizerischen Uhrenfabrikanten auch zur Erhöhung der Uhrenpreise veranlaßt, die auch leicht hätte durchgeführt werden können, da keine Vorräte von Uhren mehr vorhanden seien. Um so eher könnten den Arbeitern auch wieder auskömmliche Arbeitslöhne bezahlt werden. Dem neuen Industrieverband der Uhren- und Metallarbeiter obliegt unter solchen Umständen die Erfüllung wichtiger Aufgaben.

### Frankreich.

Wie die Tagespresse berichtet, hat der sozialistische Abgeordnete Cachin in der Humanité erzählt, der Genosse Albert Thomas sei zu dem Zweck als Unterstaatssekretär ins Kriegsministerium eingetreten, die Anfertigung von Munition und Waffen zu sichern. Diese werde durch den Mangel an Eisen und Arbeitern gefährdet. Wenn dies richtig ist, so erwartet man anscheinend, daß Thomas auf die Arbeiter in den Eisenwerken und den Munitionsfabriken einwirken soll, daß sie ungemessene Ueberarbeit leisten und den Arbeiterschutz mehr außer acht lassen als bisher, obgleich nicht anzunehmen ist, daß die französischen Arbeiter bisher nach beiden Richtungen verbohrt gewesen sind.

### Großbritannien.

Reizeichen für Arbeiter im Rüstungsgewerbe. Wie unser dänisches Hunderblatt Jaern- og Metallarbejdere den Dezemberheft der Zeitschrift des britischen Stahlschmelzerverbandes (das wir noch nicht erlangen konnten) entnehmen, haben viele Verwaltungstellen dieser Gewerkschaft darüber gelagt, daß Mitglieder, die nach Alter und Stärke wohl in der Heere dienen könnten, aber im Rüstungsgewerbe beschäftigt sind, wegen Mangels an Mut oder Vaterlandsliebe verhöhet wurden. Darauf wandte der Vorstand des Stahlschmelzerverbandes sich ans Kriegsministerium, worauf dieses anordnete, daß die betreffenden Arbeiter ein „Ehrenzeichen“ tragen dürfen, das eine Krone zeigt und die Umschrift trägt: On War Service 1914. Dies zeigt nebenbei, welcher Druck in England ausgeübt werden muß, um die notwendigen Rekruten zusammenzubringen.

### Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die britische Regierung versucht Arbeiter zur Anfertigung von Munition nach England zu locken und hat dabei natürlich vorwiegend ihr Augenmerk auf die Vereinigten Staaten gerichtet. Ein gewisser O'Connell hat in New York als Arbeitervererber seinen Sitz aufgeschlagen. Er verspricht Gewerkschaftslöhne und freie Reise hin und zurück. O'Connell soll noch etliche Helfer haben. Die New Yorker Volkszeitung (Wochenausgabe Nr. 19 vom 8. Mai) bemerkt dazu unter anderem:

„Die Arbeiter der Vereinigten Staaten sollten sich weigern, diese Arbeit in England zu übernehmen und fallen den erwähnten Agenten die Lügen weihen. Die Zentralgewerkschaft der Arbeiter und besonders auch die New Yorker Central Labor Federation, sollten Stellung gegen diese Herbeiführung nehmen und ihre Mitglieder auffordern, nicht nach England zu gehen.“

Zus zwei Gründen! Erstens, die Herstellung von Munition ist eine Arbeit, die den Krieg verlängert und ihr dazu beiträgt, daß die Arbeiter eines Landes die Arbeiter des anderen Landes mordend und verkrüppelnd.

Wenn man jünger in der von der Central Federated Union veranstalteten Friedensdemonstration die Forderung stellte, daß die Arbeiter der amerikanischen Munitionsfabriken die Arbeit einstellen, wie viel mehr muß man dann fordern, daß die amerikanischen Arbeiter nicht nach England gehen, um dort die Munition herzustellen.

Der zweite Grund, der Ueberführung amerikanischer Arbeiter nach England entgegenzutreten, liegt auf gewerkschaftlichem Gebiet. Die amerikanischen Arbeiter dürfen ihren englischen Brüdern nicht in den Rücken fallen.

Die Arbeiter Englands haben in der gegenwärtigen Weltkrise ihre Organisationen nicht nur aufrecht erhalten, sie haben sie auch wirksam zu erhalten vermocht. Sie haben ihre besonderen Interessen als Arbeiter auch gegen ihre Regierung gewahrt und es hieß sie in ihrem Kampf um Verbesserung benachteiligen, wollte die amerikanische Arbeiterbewegung zulassen, daß amerikanische Arbeiter durch die englische Regierung nach draußen gezogen würden. Man sage deshalb dafür, daß den englischen Verbänden das Handwort gelegt werde.“

Die deutsche Arbeiterschaft wird von dieser Rundgebung wirklicher Objektivität gerne Kenntnis nehmen und wünschen, daß sie die verdiente Beachtung finde.

### Eingegangene Druckchriften.

Der Beiratung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.

Der Arbeiter in Deutschland. Von Robert Schmidt, Mitglied des Reichstags. Mit 21 Abbildungen. Berlin, Verlag der Sozialistischen Monatshefte, 62 Seiten. Preis 1,20 M. — Die soziale Gesetzgebung der verschiedenen Länder ist ein sehr interessantes und wichtiges Thema. Der Verfasser hat dabei an die Arbeiter in Deutschland gedacht, die in ihrem Kampf um Verbesserung einen sehr wichtigen Schritt zu bringen, die der Sache frisch gegenüberstehen. Der erste Abschnitt behandelt den Schutz der Kinder, der Jugendlichen, der Arbeiterinnen, ferner die Arbeitsverhältnisse, die Unfallversicherung und die Berufsausbildung der

Betriebe; der zweite das umfassende Gebiet der Arbeiterversicherung, deren Leistungen, Geltungsbereich und Verwaltungsformen. Die beigegebenen Aufnahmen einer Anzahl Zeitanstalten und angewandter Arbeitervereine sollen diesen kurzen Führer durch die sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands ergänzen und die Darstellung veranschaulichen.

Österreich-Ungarn. In der Sammlung Mächte des Weltkrieges, die die Buchhandlung Vorwärts herausgibt, ist das dritte Heft zur Ausgabe gelangt. Es beschäftigt sich mit Österreich-Ungarn. Einige Aufklärung über die dem Reichsdeutschen nur wenig bekannten und in der Tat nicht leicht zu durchblickenden inneren Verhältnisse Österreich-Ungarns dürfte jetzt willkommen sein, kämpfen ja seit neun Monaten die Heere des Deutschen Reiches und seines Verbündeten in immer enger werdender Gemeinschaft gegen West und Ost. Die Darstellung hält sich beruht von jeder Einseitigkeit fern; durch Heranziehung reich, deutscher Begriffe und Zustände glaubt sie manches leichter verständlich machen zu können. Der Preis des 48 Seiten starken Heftes beträgt 75 Cts., für die Vereinsausgabe 80 Cts.

Planmäßige Einführung in die Metallbearbeitung. Gemeinverständliches Unterrichts-, Nachschlage- und Handbuch für alle Stände, vom gewerblichen Lehrer, Prüfungsbeamten und Meister bis zum Lehrling in den Metallberufen. Zweite vollständig umgearbeitete Ausgabe von „Der Schilling“. Auf Grund 50jähriger praktischer Erfahrungen im Betrieb und Unterricht verfaßt von Gg. Th. Esterl. Mit 368 Abbildungen. Bibliothek der gesamten Technik, 231. Band. Leipzig 1915, Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung. 207 Seiten. Preis gebunden 3,20 M. — Der durch seine früheren Veröffentlichungen rühmlichst bekannte Verfasser hat hier für seine Kreise ein Werk geschaffen, dem eine vieljährige Tätigkeit zu Grunde liegt. Der Band wird für alle Angehörigen der Metall bearbeitenden Berufe ein willkommenes Hand- und Nachschlagebuch sein, um so mehr, als sein Gebrauch durch eine große Anzahl Abbildungen und ein ausführliches Inhaltsverzeichnis erleichtert wird. Das Erscheinen einer neuen Auflage nach verhältnismäßig kurzer Zeit beweist am besten, daß der Verfasser es verstanden hat, mit seiner warmempfundener Darstellung alles Wissenswerten der Metallbearbeitung sich viele Freunde zu erwerben. Man merkt es aus jeder Zeile, daß ihm eine sorgfältige Ausbildung des jungen Nachwuchses sehr am Herzen liegt; das Wissen und Können der jungen Leute zu vermehren und ihren Gesichtskreis in beruflicher Hinsicht zu erweitern und so dem einzelnen wie der ganzen Industrie einen überaus wichtigen Dienst zu leisten, hat er sich zur Lebensaufgabe gestellt. Wir empfehlen daher das preiswerte treffliche Werk aufs wärmste allen denen, die ihr Wissen und Können im Beruf vermehren und dadurch im Leben vorwärts kommen wollen.

Grundzüge der Unfallversicherungstechnik und der Gewerkehygiene in Maschinenfabriken. Von Dipl.-Ing. Ernst Preger und Dipl.-Ing. Wilhelm Lehmann, Frankfurt a. M. Mit 113 Abbildungen im Text. Bibliothek der gesamten Technik, 229. Band. Leipzig 1915, Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung. 94 Seiten. Preis 1,20 M. — Das vorliegende Werk bringt eine Einführung in das weite Gebiet der Unfallversicherungstechnik und der Gewerkehygiene. Im ersten Teil behandelt der durch seine früheren Werke bereits vorteilhaft bekannte Dipl.-Ing. Ernst Preger nach allgemeineren Abschnitten die hauptsächlichen Beschaffenheit der Werkstätten, Aufbewahrung feuergefährlicher Stoffe, Lüftung und Entstaubung der Werkstätten, Dampfessel und Hochleistungen, Kraftmaschinen und Triebwerke, Werkzeugmaschinen (Allgemeines, Metallbearbeitungs-, Schleif- und Holzbearbeitungsmaschinen), Gebezeuge und Aufsätze, Transportwagen, Geseile und Zubehör, Metallanlagen, persönliche Ausrüstung der Arbeiter. Der zweite von Dipl.-Ing. W. Lehmann bearbeitete Teil beschäftigt sich mit den elektrischen Anlagen, und zwar zunächst mit den Ursachen elektrischer Unfälle und allgemeinen Gesichtspunkten zu ihrer Verhütung, während alsdann auf die Unfallversicherungsmethoden an elektrischen Maschinen und Transformatoren, Schaltanlagen und Apparaten eingegangen wird. Ein Abschnitt über Betriebsvorschriften sowie ein solcher über Stufenleistungen bei Unfällen im elektrischen Betrieb und ein Sachverzeichnis beschließen das Werk, das allen berufenen Kreisen ein wertvoller Ratgeber sein wird und bestens empfohlen werden kann. Beträchtlich erleichtert wird der Gebrauch des Buches durch zahlreiche wohlgelegene Abbildungen.

Allgemeine Völkerkunde. Von Dr. Adolf Heilmann. Teil II: Waffen und Werkzeuge, Industrie, Handel und Geld, Verkehrsmittel. Mit 51 Abbildungen. (Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 488. Bändchen.) Verlag von W. G. Deubner in Leipzig und Berlin. VIII und 116 Seiten. Preis gebunden 1 M., in Leinwand gebunden 1,25 M. — In diesem Büchlein sind besonders lehrreich die Mitteilungen über die Entwicklung der Handwerke, die Verschiedenheit der Werkzeuge, deren sie sich bei manchen Völkern erfreuen. Die Metallindustrie ist besonders ausführlich behandelt. Gute Abbildungen erhöhen die Anschaulichkeit der Darstellung.

## Verbands-Anzeigen.

- Mitglieder-Versammlungen.**  
(In allen Versammlungen werden Mitglieder augen.)  
Samstag, 5. Juni:  
Pösten, Jaroski, St. Martinstr. 4, 8 Uhr.  
Dienstag, 8. Juni:  
Wittenberge, Cieshm, halb 9 Uhr.  
Mittwoch, 9. Juni:  
Boizenburg a. d. E., Sonne, 8 Uhr.  
Kärnb. (Gravenre), Verbands-  
haus der Metallarbeiter, 8 Uhr.  
Wismar, Arbeiterheim, punkt halb 9.  
Samstag, 12. Juni:  
Mehrdorf, Brin v. Preußen, 7/8.  
Friedrichshafen, Drei König, 8 Uhr.  
Sachsenhausen, Gernemann, 8 Uhr.  
Pögnitz, Th. Fellers, 9 Uhr.  
Hudolfsdr., Burgfeller, 9 Uhr.  
Bernigerode, Volksgarten, 8 Uhr.  
Sonntag, 13. Juni:  
Angsb. (Heizungsmont.), Stadt  
Schönhausen, Jakobstr. 10, 8 Uhr.  
Differdingen, Nero-Milch, halb 4.  
Samstag, 19. Juni:  
Schmolln, E.-M. Gold, Adler, halb 9.
- Vertrauensleutezusammenkünfte.**  
Chemnitz (Metall). Samstag,  
12. Juni, abends halb 9 Uhr,  
im Volkshaus Kollföhrn.
- Sonstige Anzeigen.**  
1. Tüchtige Schlosser, Schmiede u. Eisenarbeiter bei hohem Lohn für dauernd gesucht, evtl. Reklamation v. Herrsdienst. Gebr. Fiedler, Fabrik f. Eisenkonstruktion, Rühlhausen i. Th.  
Sucht auf sofort mehrere selbstständig arbeiten kann, sofort gesucht, evtl. Reklamation v. Herrsdienst. Gebr. Fiedler, Fabrik f. Eisenkonstruktion, Rühlhausen i. Th.  
Maschinenbauer u. Schleifer  
C. Fuchs, Feilenfabrik, Seckemünde.
- Gestorben.**  
Amberg, Johann Duschner, 33 J., Lungentuberkulose.  
Danzig, Johann Bausener, Schiffszimmerer, 56 Jahre, Lungentuberkulose.  
Leipzig, Otto Krüger, Metallarbeiter, 19 Jahre, Gelenkhumatidismus.  
— Hermann Göhre, Schlosser, 56 J., Altersverfallung.  
— Louis Wolf, Gießerarbeiter, 48 Jahre, Lungentuberkulose.  
Ratibor, Potsdam, Karl Schütz, 49 J.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.